

*Bericht***37. Feministischer Juristinnentag in Frankfurt am Main**

6.-8. Mai 2011

Der diesjährige Juristinnentag war dank eines vielseitigen und spannenden Programms, vielleicht auch dank des jetzt als Konstante eingeführten Termins „zweites Wochenende im Mai/Muttertagswochenende“, dank der hervorragenden Organisation, der tollen Räume an der FH Frankfurt und des perfekt bestellten Sommerwetters ein richtiger Erfolg: Zahlreiche und zufriedene Teilnehmerinnen, interessante Gespräche, vergnügte Pausen, leckeres Essen und viel Spaß an den Abenden.

Die meisten der ca. 150 Teilnehmerinnen, darunter ca. 40 Referentinnen und Helferinnen, trafen sich bereits am Freitagabend, dem 6. Mai, in der Fachhochschule Frankfurt zur Eröffnungsveranstaltung, die mit einem von Susanne Pötz-Neuburger vorgelegten Nachruf auf Anne Klein begann. Statt des sonst üblichen Vortrags moderierte Dagmar Oberlies, Professorin der FH Frankfurt, ein Gespräch zwischen Prof. Dr. Susanne Baer, Richterin am Bundesverfassungsgericht und Professorin der HU Berlin sowie der University Michigan sowie Prof. Dr. Theresia Degener, Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und Professorin an der Ev. FH Rh.-Westf.-Lippe und University of Western Cape. Thema war das schwierige Verhältnis zwischen Amt und Mandat, was es bedeutet, im Bewusstsein der hohen Erwartungen an eine Hoffnungsträgerin oder gar Repräsentantin einer Bewegung solche Ämter auszufüllen. Es wurde ein interessanter Abend mit reger Diskussion zwischen Podium und Publikum, der auch Einblicke in den Alltag in derart exponierten Positionen gab.

In 12 Arbeitsgruppen wurden am Samstag Einzelthemen vorgestellt und diskutiert, in 4 Foren war Gelegenheit, in größerem Kreis und mit mehr Zeit Themen zu erarbeiten. Thematisch hatte die Vorbereitungsgruppe vier Schwerpunkte gebildet:

Im Schwerpunkt *Familienrecht und Familienpolitik* wurden thematisiert:

- Lebensplanung und Unterhaltsrecht im Hinblick auf die Erwerbsbiografien von Familienfrauen, die oft von Brüchen und Unterbrechungen geprägt sind und daher der Fiktion gleicher Erwerbschancen, die z.B. das neue Unterhaltsrecht unterstellt, nicht entsprechen;
- Arbeitsarrangements und Rückkehrrechte: Neue Impulse durch die Mutterschutz- und Elternzeitrichtlinie (RiLi2010/18/EU) zur Vereinbarung von Familie und Beruf?;

- Eheverträge nach der Unterhaltsrechtsreform;
- Vaterschaftsanfechtungen durch die Behörde bei Anerkennungsfragen für ein ausländisches Kind, durch das dem ausländischen Elternteil ein Aufenthaltserlaubnisrecht vermittelt würde.

Dieser Themenkomplex mündete in das Forum „Rechtsideale und Lebenswirklichkeit im Familienrecht“, in dem sich Praktikerinnen und Wissenschaftlerinnen wie auch Juristinnen aus Verbänden und Verwaltung über die praktischen Folgen der Familienrechtsänderungen der letzten Jahre, im Kindschafts-, Eltern- und Eherecht austauschten. Die Gesetzgebung hat hier häufig Änderungen der Beziehungsstrukturen und Gleichstellungserfolge unterstellt, die in der Wirklichkeit und Praxis nicht zutreffen und Lebenswirklichkeiten nicht gerecht regeln.

Den Schwerpunkt *sexuelle Gewalt und Missbrauch* behandelten ebenfalls mehrere AGs:

- Über aktuelle Themen der Nebenklage berichteten langjährige Praktikerinnen der Nebenklage und Strafverteidigung und machten deutlich, dass trotz jahrelanger gesetzlicher Stärkung von Opferrechten Verurteilungen rar und Erniedrigungen der Geschädigten häufig sind.
- Die AG gerichtsprsychologische Gutachten bestätigte diesen Befund vor dem Hintergrund der sogenannten Nullhypothese des BGH in Bezug auf kindliche Aussagen.
- In der AG Opferentschädigungsgesetz wurden Ergebnisse aus einem empirischen Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vorgestellt, das 216 Anträge von Opfern interpersoneller Gewalt untersucht hat. Aktuelle politische und gesetzgeberische Entwicklungen wurden dargestellt und Positionen zu einer Neugestaltung der Opferentschädigung diskutiert.
- In der AG Täterinnen stellten die Referentinnen empirische Befunde zur weiblichen Kriminalität vor, die sich in bestimmten Deliktgruppen konzentriert, und skizzierten darauf aufbauend eine Theorie der Disziplinierung durch Strafrecht, das insbesondere die bestehende Eigentumsordnung stützt.

In dem zu diesem Themenkomplex gehörenden Forum „Unabhängige Aufklärerinnen und was sie zu berichten haben“ berichteten seit vielen Jahren frauenpolitisch engagierte Anwältinnen, die ihre Erfahrungen in die aktuellen Missbrauchsverfahren eingebracht haben und mit der Aufklärung sexueller Missbrauchsvorfälle in Einrichtungen betraut worden waren. Sie stellten die wichtigsten Ergebnisse der unabhängigen Untersuchungen und die daraus gezogenen rechtlichen Konsequenzen dar. Aus diesen Erfah-

rungen ergeben sich weitergehende rechtspolitische Forderungen noch über die Forderungen des Runden Tisches hinaus, z.B. Wahrheitskommissionen und andere neue Formen der Anerkennung erlittenen Unrechts.

Den dritten Schwerpunkt bildete das Thema *Diskriminierung* mit den AGs

- Mittelbare Diskriminierung im Einkommenssteuerrecht: Die Besteuerung der zusätzlichen Alterssicherung wirkt sich aufgrund der unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Frauen und Männern nachteilig für Frauen aus.
- Dieses Phänomen nur scheinbar neutraler und eindeutiger Regelungen behandelte auch die Referentin einer weiteren AG mit der Fragestellung, welche Anforderungen mittelbare und mehrdimensionale Diskriminierung an Gesetzgebung und Rechtsdurchsetzung stellen.
- Aus wissenschaftlicher Sicht näherte sich die AG Intersektionalität ebenfalls dem Problem des Zusammenwirkens verschiedener Ungleichheiten in der Gesellschaft und den Möglichkeiten des Rechts, diesen Differenzierungen gerecht zu werden.

Das Forum Gender Pay Gap stellte wiederum einen rechtspolitischen Schwerpunkt dar, es befasste sich mit Möglichkeiten, die Situation in Deutschland, das in dieser Hinsicht Schlusslicht in der EU ist, u.a. durch individuelle Ansprüche von Frauen auf gleiche Bezahlung zu verbessern.

Abgerundet wurde diese breite Themenpalette in einem gut besuchten Forum *Feministische Rechtstheorie*. In Rahmen dieses Forums wurde in verschiedenen Untergruppen an aktuellen Fragestellungen gearbeitet, deren Ergebnisse auf Wandzeitungen festgehalten und ausgestellt wurden. Diese offene Debattestruktur fand großen Anklang, weil sie die Vielfalt theoretischer Ansätze erfahrbar machte und es allen Interessierten ermöglichte, sich in die Diskussionen einzubringen.

Speziell die Foren waren so angelegt, dass Theoretikerinnen mit Praktikerinnen ins Gespräch kamen und mit den Teilnehmerinnen das Spannungsverhältnis von Rechtsidealen und Lebensverhältnissen diskutieren konnten. In diesem Austausch liegt ein spezifischer Reiz der Feministischen Juristinnentage, da einerseits Praktikerinnen sich über aktuelle Fragestellungen und Erkenntnisse der Rechtstheorie informieren können, während andererseits Wissenschaftlerinnen und Rechtspolitikerinnen für die tatsächlichen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Rechtspraxis und auf das Leben der Frauen sensibilisiert werden.

Das Zwischenplenum wurde in diesem Jahr genutzt, um die in Foren und AGs erarbeiteten Resolutionen zu diskutieren. So konnten diese gut vorbereitet in das Plenum eingebracht werden, wo sie verabschiedet wurden (abgedruckt in STREIT 2/2011, S. 95 f., auch unter www.feministischer-juristinnentag.de).

Am Sonntagvormittag fand nochmals ein Forum zum Thema „*Innere Sicherheit*“ statt, zu dem fast alle Teilnehmerinnen erschienen. Offenbar stieß die Fragestellung, wie ganz unterschiedliche gesellschaftliche Diskurse (Terrorismus, häusliche Gewalt und Migration) rechtspolitisch funktionalisiert werden können und dabei stereotype Vorstellungen über Frauen und Männer verstärkt werden, auf großes Interesse.

Beim Abschlussplenum wurde beschlossen, dass der 38. FJT vom 11.-13. Mai 2012 in Bremen stattfinden soll. Allgemein wurde die in Frankfurt erprobte Veränderung der Programmstruktur, die die Foren zwischen den beiden AG-Blöcken platziert, begrüßt, da diese Reihenfolge die Erarbeitung konkreter Ergebnisse und Resolutionen erleichtert. Auch die Idee, ein weiteres Forum zu einem allgemein interessierenden Thema auf den Sonntag zu legen, fand große Zustimmung.

An dieser Stelle noch einen herzlichen Dank an Inhalts- und OrgaGruppe und auf ein Wiedersehen in Bremen!

Jutta Bahr-Jendges, Anna Hochreuter

Bundesweites Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt (BR Drs. 455/11), durch den – ebenso wie in zahlreichen anderen EU-Staaten – eine bundesweite Notrufnummer eingeführt werden soll, durch die Beratung angeboten und Hilfen vermittelt werden können. Damit wird eine Vorgabe der am 11.05.2011 unterzeichneten „Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ umgesetzt. Voraussetzung ist unter anderem der Aufbau einer Datenbank mit allen Beratungs- und Hilfsangeboten im gesamten Bundesgebiet.

Das Angebot richtet sich an Frauen, die von Gewalt betroffenen sind und alle, die beruflich oder privat mit diesen Frauen zu tun haben. Es soll Tag und Nacht ohne Warteschleifen, barrierefrei, anonym und vertraulich nutzbar sein. Die Beratung soll durch Frauen erfolgen. Eine europaweit einheitliche Nummer ist geplant. Der Dienst soll ab Januar 2013 zur Verfügung stehen.

Kolleginnen gesucht

Die **Hamburger ‚Anwältinnenkanzlei auf Wilhelmsburg‘** sucht nach Umzug in neue Räume eine junge KollegIn zur Erweiterung mit langfristiger Perspektive auch im Sinne einer Nachfolgeregelung. Sie sollte jedenfalls Interesse für Familienrecht und Erbrecht mitbringen sowie die Bereitschaft, im Geschlechterkonflikt ausschließlich Frauen zu vertreten. Auch ReferendarInnen zur Ausbildung und Mitarbeit sind willkommen.

Kontakt: RAin Susanne Pötz-Neuburger, spn@abwaelrinnenkanzlei.de.

Für die seit 1984 in der City von **Köln-Porz** bestehende Anwältinnenkanzlei wird ab 01.01.2012 eine Nachfolgerin in 2-er Bürogemeinschaft gesucht. Mandatsübernahmen sind möglich aber nicht Bedingung. Bevorzugt: kein Familienrecht.
Kontakt: RAin Michaela Verweyen, 02203/955520.

Vorankündigung

38. Feministischer Juristinnentag 2012

Der nächste FJT wird vom 11.-13. Mai 2012 in einem Tagungshaus auf der Weserinsel in Bremen stattfinden.

Inhaltliche Vorschläge können an die Inhaltsgruppe gerichtet werden. Kontakt: inhaltsgruppe@feministischer-juristinnentag.de.

Die OrgaGruppe in Bremen freut sich über Unterstützerinnen. Kontakt:

orgaGruppe@feministischer-juristinnentag.de
Weitere Informationen unter:
www.feministischer-juristinnentag.de